

GSP.G-01 Grundwerte: Die Werte, die uns einen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 24.08.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-G Werte, die uns einen

Antragstext

1 **Grundwerte: Die Werte, die uns einen**

- 2 (1) Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Jeder
3 Mensch ist einzigartig und frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die
4 universellen
5 und unteilbaren Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.
- 6 (2) Die Werte, die unsere Politik tragen, sind Ökologie, Gerechtigkeit,
7 Selbstbestimmung,
8 Demokratie und Frieden. Dieses Fundament bildet für uns die Grundlage für eine
9 solidarische
10 Gesellschaft, in der sich die Freiheit der und des Einzelnen auch in der Achtung der
11 Anderen
12 als Gleiche sowie in ihrer Würde und Freiheit entfaltet.
- 13 (3) Diese Werte, die auf dem Prinzip der Menschenwürde beruhen, ergänzen sich nicht
14 nur, sie
15 stehen mitunter auch im Widerstreit. Werteorientierte Politik braucht also Gespräch und
16 Streit, Gestaltung und Erneuerung. Nur ein geschlossenes Weltbild kennt keine
17 Widersprüche.
18 Eine demokratische Gesellschaft realisiert sich weder in Werte- oder Regellosigkeit noch
19 in
20 starren Dogmen, sondern indem das Verhältnis der Werte zueinander immer wieder
21 konkret
22 ausverhandelt wird. Das ist grundlegende Voraussetzung für die Legitimität von Politik.
- 23 (4) Politik gestaltet die Wirklichkeit im Heute für das Morgen und im Bewusstsein für
24 das
25 Gestern. Ohne Woher kein Wohin. Wir blicken nach vorne im Wissen sowohl um die
26 geglückten
27 Erfahrungen als auch um die Schuld und das Grauen in unserer Geschichte. Als
28 Europäer*innen
29 handeln wir im Bewusstsein einer Verantwortung für globale Gerechtigkeit auf
30 Grundlage der
31 Bürger*innen- und Menschenrechte, wie sie sich in der Allgemeinen Erklärung der
32 Menschenrechte sowie im Grundgesetz und der EU-Grundrechtecharta manifestieren.
33 Die Lehren
34 aus den Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Verpflichtung.
- 35 (5) Unsere Politik richtet sich an alle Menschen. Wir verstehen uns als Bündnispartei,
36 die
37 auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen offen ist für unterschiedliche
38 Erfahrungen,

24 Vorstellungen und Ansätze. Sie orientiert sich nicht an der Summe einzelner Interessen
oder
25 einzelner Gruppen, sondern verbindet verschiedene Interessen zu einer gemeinsamen
Vision für
26 eine bessere Zukunft. Das kann anstrengend sein, aber nur so entsteht aus den vielen
27 verschiedenen Erfahrungen und Ideen Neues.

28 (6) Jede Zeit hat ihre Aufgabe. Die Aufgabe unserer Zeit ist, eine krisenfeste
Gesellschaft
29 demokratisch zu gestalten. Dazu sind Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität,
Vorsorge und
30 Gerechtigkeit sowie globale Verantwortung neu zu definieren und die Politik ist darauf
31 auszurichten. Um Krisen zu meistern, braucht es Zusammenhalt – in einer Gesellschaft,
die
32 allen Bürger*innen die gleichen Rechte und Möglichkeiten gewährt, die die
33 Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen als Stärke und Wert begreift, die die
Rechte
34 und Teilhabe von Minderheiten schützt und fördert sowie Spannungen durch Respekt
ausgleicht.
35 Wir streben nach einem gemeinsamen Wir in einer vielfältigen Gesellschaft.

36 **Ökologie**

37 (7) Die Umwelt des Menschen zu schützen und zu erhalten ist Voraussetzung für ein
Leben in
38 Würde und Freiheit. Sauberes Wasser und saubere Luft, Artenvielfalt und fruchtbare
Böden
39 sind notwendige Bedingungen für unsere Entfaltungsfreiheit und Emanzipation. Eine
Politik,
40 welche die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, erhält die Möglichkeit zur
Selbstbestimmung
41 für uns und künftige Generationen. Das 21. Jahrhundert ist das Zeitalter des
Anthropozän.
42 Darin ist der Mensch zum entscheidenden Einflussfaktor dafür geworden, wie sich
unsere Erde
43 verändert. Die Natur braucht uns nicht. Wir brauchen sie.

44 (8) Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer Politik. Wir überschreiten
45 derzeit durch unser Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie
46 Artenvielfalt, Klimaerhitzung oder Meeresversauerung und gefährden so die Stabilität
unseres
47 Ökosystems und die Lebensgrundlagen der Menschen. Es ist unsere Aufgabe, uns durch
sozialen,
48 wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt zum Wohle der Menschen so
nachhaltig
49 weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren und den Weg in die
ökologische
50 Moderne einschlagen.

51 (9) Wir haben nur diese eine Erde, in ihrer Schönheit und natürlichen Vielfalt. Menschen
52 sind nicht die einzigen Lebewesen, die fühlen. Daher ist es Pflicht für uns Menschen,

das

- 53 Wohl von Tieren und die gesamte lebendige Natur zu schützen.
- 54 (10) Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für Gesundheit. Der Erhalt unserer
natürlichen
55 Lebensgrundlagen und die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise verhindern
massive
56 Gesundheitsschäden und schützen im Sinne der Vorsorge die Gesundheit zukünftiger
57 Generationen.
- 58 (11) Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel einer nachhaltigen
Entwicklung
59 ist auch die ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es ist unsere
60 Verpflichtung, nachfolgenden Generationen faire Handlungsspielräume und
61 Entscheidungsfreiheiten zu ermöglichen.
- 62 (12) Die Klimakrise und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verschärft bestehende
63 Ungleichheiten und trifft damit insbesondere Frauen. Ökologische Maßnahmen müssen
von Frauen
64 mitgestaltet werden. Nachhaltigkeit bedeutet auch Geschlechtergerechtigkeit.
- 65 (13) Unter der Zerstörung der Natur leiden diejenigen früher und am stärksten, die
dazu am
66 wenigsten beitragen und ihr am wenigsten entgehen können. Wo reiche Menschen sich
noch
67 teilweise anpassen können, spüren ärmere die Folgen mit brutaler Härte. Umwelt- und
68 Klimapolitik sind eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Jedoch können
ökologische
69 Maßnahmen in Widerspruch zu sozialen Interessen geraten. Daher muss ökologische
Politik
70 soziale Interessen immer miteinbeziehen.
- 71 (14) Wir denken Ökologie global. Ein Leben in Würde und Freiheit bedeutet ein Recht
aller
72 Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe. Globale Umweltgerechtigkeit nimmt die
73 historische Verantwortung der Industriestaaten für die Zerstörung der Umwelt in den
Blick.
74 Deshalb sind wir in der Pflicht, die ökologischen und sozialen Kosten unseres
Wirtschaftens
75 zu reduzieren, statt sie in andere Weltregionen zu verlagern, sowie diejenigen zu
76 unterstützen, die schon heute stark von Umweltzerstörungen betroffen sind und das in
Zukunft
77 noch stärker sein werden.
- 78 (15) Eine nachhaltige Wirtschaftsweise schützt nicht nur Lebensgrundlagen, sondern
erhöht
79 auch Wohlstand und Lebensqualität. Das erfordert eine grundlegende Dekarbonisierung
unserer
80 Wirtschaft und unserer Lebensweise, für die in den kommenden Jahrzehnten erhebliche
81 Investitionen notwendig sind.
- 82 (16) Der Weg in die ökologische Moderne sichert Demokratie und Selbstbestimmung für
heute
83 und für künftige Generationen. Sonst verlieren wir, was wir mit dem Klima schützen:

Freiheit

84 und Würde. Demokratische Verfahren bringen die Kreativität und den gesellschaftlichen
85 Zusammenhalt hervor, die es zur Bewältigung der ökologischen Krisen braucht.

86 **Gerechtigkeit**

87 (17) Die Würde und Freiheit des Menschen werden in einer gerechten und solidarischen
88 Gesellschaft verwirklicht. Solidarität schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt.
89 Gerechtigkeit heißt für uns gleiche und größtmögliche Freiheit für alle. Sie ist die
90 Grundlage für ein gutes Leben.

91 (18) Gerechtigkeit bedeutet mehr als ein Leben ohne Armut. Soziale Gerechtigkeit
92 braucht
93 einen starken Sozialstaat, der nicht nur materielle Sicherheit und Teilhabe gewährleistet
94 und Menschen vor Armut schützt, sondern die Voraussetzungen für ein
95 selbstbestimmtes,
96 glückliches Leben schafft. Jeder hat das Recht auf materielle Sicherheit und soziale
97 Teilhabe sowie ein Leben frei von existenzieller Not.

98 (19) Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht, gleichberechtigt am gesellschaftlichen
99 Leben
100 teilzunehmen. Das verlangt starke öffentliche Räume und Institutionen – gute Kitas,
101 Kindergärten und Schulen, Hochschulen, Schwimmbäder und Sportplätze, Bibliotheken
102 und
103 Theater, einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, Breitbandanschlüsse für alle,
104 gute
105 gesundheitliche Versorgung und gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf
106 dem
107 Land. In Zeiten der Individualisierung, in der sich viele Menschen einsam fühlen, sind
108 solche Orte von besonderer Bedeutung.

109 (20) Die Finanzierung einer starken Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe.

110 (21) Gute und diskriminierungsfreie Bildung ist Voraussetzung für Gerechtigkeit. Wir
111 brauchen ein ganzheitliches und am Menschen orientiertes Bildungssystem. Das
112 Vertrauen, dass
113 wir die Zukunft für uns und die Generationen nach uns ermöglichen und gestalten
114 können, ist
115 ein notwendiger Antrieb für gesellschaftlichen Fortschritt.

116 (22) Eine Gesellschaft ist dann sozial, wenn ihr Wohlstand gerecht verteilt ist.
117 Unregulierter Kapitalismus produziert Ungleichheit und Machtkonzentration. Zu große
118 Ungleichheit bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft und damit einen Pfeiler der
119 Demokratie. Aufgabe von Politik ist es, durch Regulierung, Investitionen und Steuern
120 Ungleichheit zu reduzieren und einen Ausgleich zu schaffen. Große Vermögen bringen
121 soziale
122 Verpflichtungen mit sich.

123 (23) Alle Menschen sollen unabhängig vom Geschlecht an der Gesellschaft teilhaben
124 können.
125 Gerechtigkeit bedeutet, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit, Einkommen, Zugang zu
126 Bildung,
127 Eigentum und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt sind.

117 (24) Ohne die staatliche Garantie für diskriminierungsfreie und gleiche Rechte,
Zugänge und
118 Teilhabe für alle ist Gerechtigkeit nicht herstellbar. Das heißt auch, dass die
Bekämpfung
119 von Rassismus und allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
grundlegende
120 Aufgabe von Staat und Gesellschaft ist.

121 (25) Soziales und ökologisches Wirtschaften schafft Innovation und Fortschritt und trägt
so
122 zu einer gerechten Gesellschaft bei. Dafür braucht es gemeinsame Regeln, die fairen
123 Wettbewerb ermöglichen, die Konzentration von Macht verhindern und
Verbraucher*innen-Rechte
124 schützen. Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft trägt dazu bei, dass Menschen sich
125 verwirklichen können, Informationen effektiv genutzt werden, Wohlstand zum Wohle
aller
126 entsteht und die Versorgung mit grundlegenden Gütern gewährleistet ist.

127 (26) Um globale Gerechtigkeit zu ermöglichen, muss das Weltwirtschaftssystem ein
sozial-
128 ökologisches werden, das nach demokratischen Regeln organisiert ist und auf der
Grundlage
129 von Kooperation und Solidarität und nicht auf Dominanz beruht.

130 **Selbstbestimmung**

131 (27) Menschen begegnen sich als Gleiche – in ihren Rechten und ihrer Würde. Selbst
über das
132 eigene Leben bestimmen zu können, macht die Würde und Freiheit eines Menschen
aus. Politik
133 hat die Aufgabe, die Freiheit und das Recht zur Selbstbestimmung zu schützen. Sie
erkennt
134 Unterschiede an und verhindert undemokratische und damit ungerechtfertigte
Herrschaft.
135 Voraussetzung für Selbstbestimmung, Freiheit und eine freie Entfaltung ist eine
136 Gesellschaft, in der weder der soziale Status, das Geschlecht oder die Herkunft noch die
137 Religion oder äußere Merkmale noch rassistische Zuschreibungen, das Alter oder eine
138 Behinderung noch die sexuelle Orientierung oder die sexuelle Identität einen Einfluss
darauf
139 haben, wer dazugehört und wer nicht. Freiheit muss gesellschaftlich aktiv ermöglicht
werden.

140 (28) Selbstbestimmtes Leben ist auf soziale, rechtliche, demokratische und ökologische
141 Voraussetzungen angewiesen, sonst bleibt es das Privileg weniger. Freie Entfaltung
braucht
142 eine barrierefreie Infrastruktur, Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Kriminalität.
143 Informationelle Selbstbestimmung und informationstechnische Sicherheit sind im
digitalen
144 Zeitalter zu garantieren.

145 (29) Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ist Voraussetzung für den
146 gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die individuelle Selbstbestimmung. Eine
inklusive

- 147 Gesellschaft verändert Strukturen und schafft öffentliche Institutionen, die allen
148 Menschen
149 offenstehen und allen in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt Partizipation ermöglichen.
- 149 (30) Selbstbestimmtes Leben setzt wirtschaftliche Freiheit voraus. Die Freiheit, den
150 Beruf
151 zu wählen, Verträge zu schließen und ein Gewerbe oder Unternehmen zu gründen,
152 gehört dazu.
153 Alle haben das Recht, in einer Gewerkschaft für gute Arbeitsbedingungen und Löhne zu
154 kämpfen. Wirtschaftliche Freiheit gewährleistet Eigentumsfreiheit, die sozial
155 verpflichtet.
- 153 (31) In einer Welt, in der die Anforderungen an jede*n Einzelne*n steigen, in der alle
154 immer
155 schneller, anpassungsfähiger und immer besser sein müssen, darf es auch Schwäche
156 geben.
157 Jeder Mensch verdient Wertschätzung und Anerkennung für seine individuellen
158 Lebensentscheidungen, solange sie nicht zulasten Dritter gehen. Damit sich alle mit
159 ihren
160 Stärken und Schwächen selbstbestimmt entfalten können, braucht es eine solidarische
161 Gesellschaft.
- 159 (32) Freiheit bedeutet Verantwortung für sich selbst und für andere. Sie fordert
160 Individuen
161 und Gesellschaft heraus. Sie verlangt uns allen etwas ab. Freiheit und
162 Selbstbestimmung
163 finden ihre Grenze dort, wo durch sie anderen Menschen und zukünftigen Generationen
164 Freiheit
165 und Selbstbestimmung genommen werden. Nur demokratische und rechtsstaatliche
166 Verfahren
167 können die Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung legitimieren.
- 164 (33) Eine gleichberechtigte Gesellschaft ist eine, in der auch Mädchen und Frauen
165 selbstbestimmt über ihr Leben und ihren Körper entscheiden können. Das setzt die
166 Emanzipation von Verhältnissen der Unterdrückung und der Gewalt voraus. Wir stehen
167 an der
168 Seite von Mädchen und Frauen, die global für ihr Selbstbestimmungsrecht streiten.
- 168 (34) Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie haben eigene Rechte auf Förderung
169 ihrer
170 Entwicklung, auf Schutz, Teilhabe, Gehörtwerden und Bildung. Selbstbestimmung ist
171 nur
172 möglich, wenn allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen gegeben werden.
- 171 **Demokratie**
- 172 (35) Demokratie heißt gleiche politische Freiheit für alle. Die Demokratie lebt von
173 Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Deshalb braucht sie
174 Demokrat*innen.
175 Demokratie steht nie still. Sie entwickelt sich immer weiter. Demokratie ist die
176 Staatsform,
177 die zur Selbstkorrektur in der Lage ist.
- 176 (36) Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit, denn sie garantiert den
177 Schutz von

-
- 177 Menschen-, Freiheits- und Minderheitenrechten auf Grundlage eines liberalen
178 Rechtsstaates.
179 Auch die wehrhafte Demokratie braucht Bürger*innen, die sie aktiv verteidigen und ihr
immer
179 wieder neue Kraft geben. Das ist der beste Schutz gegen die Zerstörung von innen.
- 180 (37) In einer Demokratie eignen sich Menschen ihre Zukunft gemeinsam an und
verwandeln
181 äußeres Geschehen in gemeinsame Entscheidungen. Demokratie ist anstrengend. Sie
braucht
182 respektvollen Streit genauso wie den Kompromiss. Demokratie braucht Freiheit, sie
muss
183 Bürger*innen- und Menschenrechte garantieren und ist sogleich an soziale
Voraussetzungen und
184 Solidarität gebunden.
- 185 (38) Gewaltenteilung und ein starker Rechtsstaat tragen eine demokratische
Gesellschaft. Der
186 Rechtsstaat verankert das Gewaltmonopol des Staates und hegt es ein.
- 187 (39) Wir stehen für eine inklusive, vielfältige Demokratie. In einer diverser werdenden
188 Gesellschaft, in der vielfältige Perspektiven zusammenkommen und sich Gehör
verschaffen,
189 sehen wir die Aufgabe, Unterschiede anzuerkennen, Nachteile auszugleichen und
190 Gleichberechtigung zu schaffen. Das ist die Grundlage für die wechselseitige
Anerkennung als
191 Gleiche in einer vielfältigen Gesellschaft. Demokratie ermöglicht ein gesellschaftliches
192 Wir, das nicht in Partikularinteressen auseinanderfällt. Sie wird reicher durch den
Respekt
193 vor verschiedenen Erfahrungen.
- 194 (40) Allen Geschlechtern kommt in der Demokratie gleiche Gestaltungs- und
Entscheidungsmacht
195 zu. Um Frauen an allen demokratischen Prozessen gleichberechtigt zu beteiligen,
braucht es
196 Parität sowie Lebensbedingungen, die allen ermöglichen, Erwerbs- und Sorgearbeit
sowie
197 gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren.
- 198 (41) Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit. Der demokratische Meinungsstreit
braucht
199 eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, Engagement und Bürger*innen-Beteiligung,
starke
200 und freie Medien, Kultur und Wissenschaft sowie gute Bildungseinrichtungen. Für die
offene
201 Auseinandersetzung nach klaren Regeln braucht Demokratie immer wieder
Innovationen und
202 Parteien, in denen sich Menschen zusammenfinden, um Meinungen zu bündeln und sich
mit
203 Programmen und Haltungen der öffentlichen Debatte und der Entscheidung zu stellen.
- 204 (42) Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich Menschen einmischen und
repräsentiert
205 sehen. Demokratie braucht Zugänge und auch direkte Beteiligung, um die

- unterschiedlichen
- 206 Perspektiven und Positionen in den demokratischen Prozess einbringen zu können.
- 207 (43) Demokratie beruht auf nachvollziehbaren Entscheidungswegen und auf
Transparenz über
- 208 Einflussnahme – etwa durch Unternehmen, Lobbyismus oder andere Staaten. Ein zu
starker
- 209 Einfluss bestimmter Gruppen und ökonomischer Interessen untergräbt die
Eigenständigkeit und
- 210 Glaubwürdigkeit politischen Handelns und muss eingegrenzt werden.
- 211 (44) Der Schutz, die Förderung und die Gewährleistung der Menschenrechte sind
konstitutiv
- 212 für die Demokratie.
- 213 (45) Der Föderalismus in Deutschland ist eine Lehre aus dem düstersten Kapitel unserer
- 214 Geschichte und verhindert zentralstaatliche Übergriffe auf die Bürger*innen-Rechte. Er
215 verpflichtet zur Kooperation. Das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen
sichert
- 216 demokratische und soziale Stabilität. Es stärkt vielfältige Regionen und sorgt für eine
217 nahbare, ansprechbare Politik. Im Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen
tragen
- 218 Bund und Länder gemeinsame Verantwortung.
- 219 (46) Die europäische Integration ist konstitutiv – sie zu einer Föderalen Europäischen
220 Republik ökologisch, sozial und demokratisch weiterzuentwickeln ist Voraussetzung und
Teil
- 221 einer demokratischen Gestaltung globaler Fragen.
- 222 **Frieden**
- 223 (47) Gelebte Freiheit und garantierte Würde benötigen Frieden. Das Zusammenleben
der
- 224 Menschen fußt auf der Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei und friedlich zu lösen und die
225 Menschenrechte aller zu wahren. Wo Gewalt friedliche Politik verneint, können
Menschenrechte
- 226 und Gewaltfreiheit in Konflikt geraten. Wir setzen auf die Mittel der Politik, die dem
Geist
- 227 der Kooperation in globaler Verantwortung entsprechen.
- 228 (48) Würde, Freiheit und Gleichheit ergeben sich aus der Universalität und Unteilbarkeit
der
- 229 Menschenrechte. Die verbrieften Menschenrechte sind nicht verhandelbar – weder
gegenüber
- 230 machtpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen noch gegenüber einem kulturellen
231 Relativismus. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Dies zu gewährleisten ist
232 Verpflichtung nationaler und internationaler Politik. Wir tragen als internationale
233 Gemeinschaft Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen und
Völkermord im
- 234 Rahmen der Vereinten Nationen vorzugehen.
- 235 (49) Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung physischer Gewalt, Frieden mehr
als die
- 236 Abwesenheit von Krieg. Kooperation, Dialog, demokratischer Ausgleich von Interessen

- und die
- 237 Stärke des Rechts, genauso Multilateralismus, internationale Partnerschaft und
europäische
- 238 Einigung sind der Weg, um globale Herausforderungen, vor denen die Menschheit als
Ganzes
- 239 steht, zu bewältigen.
- 240 (50) Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Verwirklichung von Frauenrechten, der
Schutz vor
- 241 geschlechtsspezifischer Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung sowie eine aktive
Mädchen-
- 242 und Frauenförderung in allen Bereichen sollen die internationale Politik leiten.
- 243 (51) Das vereinigte Europa ist ein einzigartiges Friedensprojekt. Gegen einen
autoritären
- 244 Nationalismus ist das Versprechen der europäischen Einigung auf Frieden, Freiheit,
245 Solidarität und Stabilität wichtiger Anker multilateraler und menschenrechtsorientierter
246 Politik in der Welt.
- 247 (52) Humanitäre Verantwortung und internationale Solidarität bestimmen unser
politisches
- 248 Handeln. Unser Ziel ist eine weltweite Ordnung mit internationalen Institutionen. Sie
soll
- 249 Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sichern, Armut verringern, den gleichberechtigten
Zugang
- 250 zu globalen Gemeingütern ermöglichen, Demokratie fördern, die gleichberechtigte
Teilhabe von
- 251 Frauen und Minderheitengruppen garantieren, die verbrieften Menschenrechte aller
252 Migrant*innen und das Klima schützen, wie es in den Zielen für nachhaltige
Entwicklung der
- 253 Vereinten Nationen vereinbart ist.